

Chancen für eine Vertiefung der europäischen Integration

Jan Olbrycht

Die derzeitige politische Lage in Europa ist recht kompliziert, parallel dazu lässt die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages immer noch auf sich warten. Darüber hinaus zeigen sich weitere beunruhigende Phänomene, auf die ich im Folgenden etwas näher eingehen möchte. Wenn man über die Krise in der Politik spricht, stellt sich die Frage, ob das jemand von außen tun sollte, der eine gewisse Distanz zu den Dingen hat, oder ob nicht die Innenansichten eines Politikers angebrachter wären. Ich befinde mich mitten in der Politik und äußere mich als Person, die am politischen Willensbildungsprozess direkt beteiligt ist. Erstens meine ich, dass es tatsächlich eine Krise der Politik gibt, sie betrifft aber nicht nur Europa! Die Krise erstreckt sich vielmehr auf die ganze Welt und ist Ausdruck einer gewissen Enttäuschung. Der Enttäuschung darüber, dass bestimmte – durchaus funktionstaugliche – Mechanismen aus sich heraus nicht die gewünschten positiven Effekte erzeugen. Das ist so wie in der Finanzkrise – einige wirtschaftliche Phänomene führen trotz ihrer marktwirtschaftlichen Verankerung nicht automatisch zu günstigen Effekten. In der Politik verhält es sich ganz ähnlich. Die feste Überzeugung, dass demokratische Wirkmechanismen – z.B. freie Wahlen – ganz automatisch die besten, klügsten und ehrlichsten Menschen hervorbringen, und zwar nur deshalb, weil die Mechanismen demokratischen Prinzipien und Rechtsgrundsätzen entsprechen, erweist sich auf globaler Ebene

als trügerisch. Denn es zeigt sich, dass diese prächtigen Mechanismen – das kennen wir ja bereits aus einer jahrhundertealten Geschichte! – leider auch Menschen hervorbringen, die überhaupt nicht vertrauenswürdig sind und in unserem Namen unter dem Deckmantel ihrer politischen Legitimation teilweise völlig unerwünschte Maßnahmen treffen. Dies löst riesengroße Enttäuschung aus, die wir jedoch später oftmals leicht vergessen, um erneut darauf zu vertrauen, dass die demokratischen Strukturen diesmal tatsächlich die besten Leute an die Macht bringen. Dieser Prozess erstreckt sich auf den gesamten Globus, wobei man derartige Erfahrungen bereits in verschiedenen Teilen der Welt gemacht hat. In anderen Regionen dürften diese Erfahrungen hingegen noch neu sein. Die Demokratie ist inzwischen in fast alle Winkel der Erde vorgedrungen. Dies zeigt eindeutig, dass demokratische Mechanismen allein – ohne Verankerung in einem bestimmten Wertesystem – nicht zwangsläufig zu positiven Effekten führen. Die Abkoppelung dieser Mechanismen von ihren zivilisatorischen Grundlagen kann sehr negative Folgen haben, dennoch wurden bislang keine besseren Herrschaftssysteme als die Demokratie gefunden. Daher sollte man die demokratischen Grundstrukturen in Politik und Gesellschaft immer wieder neu einpflanzen. Zugleich müssen Werte und ethische Fragen in der Politik, aber auch die Moral der Politiker stets einen hohen Stellenwert besitzen. Dies ist absolut entscheidend und vor allem heute sehr notwendig!

Ein weiteres Problem, das ganz offensichtlich damit verbunden ist, ist die sinkende Wahlbeteiligung. Warum gehen die Menschen heute kaum noch zur Wahl? Warum möchten sie den Politikern nicht mehr ihre Stimme geben? Eben darum, weil die Bürger eigentlich nicht mehr verstehen, warum sie überhaupt derartige Aktivitäten unternehmen sollen und ferner kein Vertrauen darauf haben, dass die demokratischen Mechanismen etwas herausbilden, was für sie von Vorteil ist. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments muss ich leider feststellen, dass das Europäische Parlament derzeit nur sehr wenig tut, um den Menschen klarzumachen, worauf seine Arbeit bzw. die Tätigkeit anderer EU-Organe beruht und wozu diese Arbeit überhaupt dient! Ein Beispiel ist die völlig misslungene Informationskampagne bei den Europawahlen vom Juni 2009. Dieser Wahlkampf, der in Polen hauptsächlich über Wahlplakate ablief, hat die

Gesellschaften in Europa sicherlich nicht überzeugt. Eine geringe Glaubwürdigkeit besaß auch die dem Verfassungsreferendum vorausgehende öffentliche Debatte in Frankreich, die eigentlich nur dazu geführt hat, dass die Franzosen den Verfassungsvertrag letztlich ablehnten. Nebenbei bemerkt, alle haben inzwischen irgendwie vergessen, dass Frankreich und Holland den Verfassungsvertrag zurückgewiesen haben. Denn derzeit kommentiert man vor allem das misslungene Referendum in Irland. In der französischen Debatte zur Volksabstimmung war es entsetzlich mitanzusehen, dass jegliches Verständnis für grundlegende Funktionsprinzipien der Europäischen Union gefehlt hat. Denn zur „originellen“ Entdeckung der französischen Wähler, dass die EU keineswegs nur eine wenig bedeutsame Dreingabe zu ihrem Heimatland ist, gesellte sich die generelle Unzufriedenheit der Franzosen über ihre eigene Regierung. Völlig andere Motive tauchten hingegen in den Niederlanden auf und wieder andere Beweggründe entschieden über den Ausgang des Referendums in Irland. Das Europäische Parlament legte angesichts dieser Entwicklung eine große Passivität an den Tag. Diese abwartende Haltung zeigte sich leider auch unter uns Europa-Abgeordneten. Denn Politiker verhalten sich nicht immer adäquat und reagieren nicht immer auf der Grundlage klarer Konzepte. Es besteht daher die dringende Notwendigkeit, zu ganz elementaren Dingen zurückzukehren und sich den Wählern in Europa erneut zuzuwenden, um bestimmte Fragen besser zu klären. Denn sonst werden wir als Europäische Union nicht imstande sein, richtig zu funktionieren und unsere politischen Absichten zu realisieren!

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf etwas anderes lenken. Sehr oft vertreten die Gegner der Europäischen Union die Auffassung, dass innerhalb der EU eine Art Verschwörung im Gange sei. Kritiker meinen nämlich, dass der Durchschnittsbürger in Europa in Wahrheit keinen Einblick darauf hat, was in Brüssel hinter verschlossenen Türen geschieht. Die dortigen politischen Eliten würden insgeheim andauernd etwas aushecken und dies vor den Bürgern in Europa geheimhalten. Es besteht der weit verbreitete Eindruck, dass der einfache Mensch auf der Straße keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Politik hat. Denn wen man auch immer wählen würde, die Politiker seien doch ohnehin alle gleich! Menschen mit derartigen Ansichten muss man unbedingt aus dieser

falschen Sichtweise herausführen. Erstens gibt es die sog. europäische Elite gar nicht! Es gibt lediglich eine Gruppe von europäischen Beamten mit eigenen Interessen. Es gibt hingegen keine geheimnisvolle Herrschaftselite, die nur hinter den Kulissen agiert und ihren Willen den naiven Bürgern Europas aufzwingt. In einzelnen Ländern und gesellschaftlichen Kreisen gibt es ja unterschiedliche Eliten. Zweitens gibt es keine einheitliche Konzeption über die zukünftige Gestalt der EU, die für das Handeln der Politiker richtungsweisend wäre. Daher ist zu fragen, wohin unser gemeinsames Schiff „Europa“ überhaupt schwimmt, oder ob es nur ziellos vor sich hinschlingert. Blicken wir auf das Erbe der „Gründungsväter“ des vereinigten Europas und überlegen wir, warum sie dieses Bauwerk eigentlich errichteten. Es ging darum, in solidarischer Gemeinschaft zu handeln, Verpflichtungen gegenüber anderen einzugehen und deren Lasten auf sich zu nehmen. Es ging darum, eine Antwort auf neue Herausforderungen zu geben und nach neuen Lösungen zu suchen. Eben darin bestand das Ziel, das auch heute noch gilt. Aber welche Richtung streben wir heute an? Darin liegt das Problem. Gibt es heute etwa eine fertige Konzeption darüber, was in fünf bis zehn Jahren passieren wird? Nein! Und was wird sein, wenn der Lissabonner Vertrag abgelehnt wird? Nun, dann werden wir uns überlegen, was weiter zu tun ist. Gibt es einen Plan „B“? – Nein! Gibt es vielleicht bestimmte Programme, die nur darauf warten, aus der Schublade geholt zu werden? Ja, mit Sicherheit! Aber die eine schlüssige Konzeption gibt es nicht. Was wird sein, wenn der Lissabonner Vertrag letztlich angenommen wird? Nun, dann kommen wir einen Schritt voran. Das Vertragswerk regelt u.a. auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der katholischen Kirche, was auch für letztere sehr vorteilhaft sein wird. Vor uns stehen ganz neue Herausforderungen, vielleicht entstehen auch ganz neue Strukturen. Wer weiß schon, was in drei oder fünf Jahren geschehen wird? Wichtig ist, dass die Europäische Union ein lebendiges Konstrukt ist und bleibt. Sie ist kein Perpetuum mobile, das automatisch weiterläuft, wenn es einmal in Gang gesetzt worden ist. Die EU ist vielmehr ein äußerst lebendiges Gebilde, das auf die Herausforderungen in der Welt reagiert und sich dabei stets anpassen muss. Die EU muss Verträge und andere Rechtsakte ständig modifizieren sowie ihre internen Handlungsmethoden, aber auch die Reaktionsweisen in Hinblick auf äußere Faktoren laufend umgestalten. Hat

einer von uns sich ein Jahr zuvor schon Gedanken darüber gemacht, was uns heute in Europa derart intensiv beschäftigt? Auch auf dieser Konferenz tauchen drängende Fragen über die Zukunft der Europäischen Union auf, z.B. ob sie die gegenwärtige Krise überhaupt überlebt. Konkret gesagt: Kann der gemeinsame Binnenmarkt in seiner derzeitigen Gestalt weiter aufrechterhalten werden? Werden sich die Interventionsmaßnahmen im Kampf gegen die Krise als erfolgreich erweisen? Das sind die Schlüsselfragen von heute. Vor diesem Hintergrund erscheint das Problem des Lissabonner Vertrages eher zweitrangig. Denn wenn dieser Vertrag in Kraft tritt, werden sicherlich neue Schwierigkeiten und Herausforderungen, aber auch neue Chancen auftauchen. Dann werden wir uns überlegen müssen, ob wir uns erweitern oder nicht – wen wir aufnehmen und wen nicht – und wie wir die Beziehungen zu Russland weiter gestalten wollen! Daher muss man den Menschen konkrete Hoffnungen geben. Denn die Tür zur Zukunft steht wirklich ganz weit offen und alles hängt davon ab, ob wir an das gemeinsame Projekt Europa glauben oder nicht. Die Zukunft der Europäischen Union hängt also von unseren persönlichen Entscheidungen ab – also davon, was wir akzeptieren und was nicht. Letztlich geht es um die Aktivität der Bürger und darum, dass diese von ihren Rechten bei der Mitgestaltung des gemeinsamen Hauses Europa auch Gebrauch machen. Wir Politiker hingegen müssen mit der Gesellschaft in einen fortwährenden Dialog treten und dabei zivilgesellschaftliche Haltungen nach Möglichkeit fördern. Denn es ist keineswegs so, dass sich die Rolle des Bürgers im Verhältnis zur nationalen Staatsgewalt bzw. der EU nur darauf beschränkt, von Zeit zu Zeit einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen, während sich die weitere Tätigkeit der gewählten Politiker seinen Einflussmöglichkeiten entzieht. Das politische Programm für Europa entwerfen wir doch gemeinsam! In der nächsten Woche werde ich mit Minister Saryusz-Wolski nach Straßburg fahren und wir wissen nicht, was uns dann im Plenarsaal des Europäischen Parlaments erwarten wird. Wird Barroso für eine weitere Amtsperiode zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt werden? Wir wissen auch nicht, was geschehen wird, falls Barroso nicht wiedergewählt werden sollte. Eine der größeren Überraschungen der polnischen Politiker, die neu zum Europäischen Parlament hinzukamen, bestand in der Erkenntnis, dass dort „wirklich abgestimmt“ wird. Gibt es also überhaupt konkrete Konzepte für

Europa? Ja! Gibt es auch unterschiedliche Ideen zu Europa? Ja, aber die eine von oben aufgezwungene Konzeption gibt es nicht. Statt dessen gibt es vielfältige Programmversionen und Maßnahmen, die von mehreren Einflussfaktoren bestimmt werden, u.a. von den Aktivitäten einzelner Interessengruppen.

Zum Abschluss meiner Überlegungen möchte ich noch auf eine andere Sache hinweisen. Ich bin ein Politiker, der sich im Europäischen Parlament und in Polen offen dazu bekennt, Christdemokrat zu sein. Dennoch herrscht die landläufige Meinung, dass es Christdemokraten in Polen gar nicht gibt. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es sehr wohl einige von uns Christdemokraten in meiner Heimat gibt! Ich würde sogar sagen, dass es Hunderte oder Tausende von Christdemokraten in Polen gibt, die dem christlich-demokratischen Gedankengut eng verbunden sind. Sie sind Anhänger einer politischen Partei, die ein ganz bestimmtes Weltbild hat, spezifische politische Methoden vertritt und die soziale Marktwirtschaft favorisiert. Wir Christdemokraten sind für ein gemeinsames Europa. Wir meinen, dass auf christliche – und damit supranationale – Werte gestützte Denk- und Handlungsweisen zwangsläufig zu proeuropäischen Denkkategorien führen. Dieses Denken zeugt von Aktivität, Offenheit und perspektivischer Weitsicht. Der Lissabonner Vertrag ist notwendig, um den nächsten Schritt zu tun. Aber wie wird dieser Schritt aussehen, wer weiß das schon? Das wird sich zeigen. Wir Politiker sind jedenfalls dazu da, um solidarisch zusammenzustehen, anstatt fremde Konzepte zu realisieren!